

Die Macht des Faktischen – britische Labour-Abgeordnete und der Mauerbau 1961

Nach 1945 waren die deutsch-britischen Beziehungen vor allem bundesdeutsch-britische Beziehungen. Die Bundesrepublik war offiziell ein enger Verbündeter Großbritanniens in der NATO, ein Partner in der internationalen Politik und zumindest für die proeuropäischen Politiker auf der Insel auch ein potenzielles Gegengewicht zur anglophoben Haltung Frankreichs unter de Gaulle. Allerdings war es nicht gerade ein Liebesverhältnis, was die westdeutsch-britischen Beziehungen prägte. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gab der damalige Außenminister Ernest Bevin seinen Problemen Ausdruck, nett zu den Deutschen zu sein: »Ich bemühe mich wirklich, aber ich hasse sie nun mal.«¹ Nach den Erfahrungen zweier Weltkriege blieben weite Kreise der politischen Klasse und der Medien deutschlandfeindlich. Der schnelle Wiederaufstieg Westdeutschlands zu wirtschaftlichem Wohlstand, der denkbar scharf kontrastierte mit den andauernden Wirtschaftsproblemen des »kranken Mannes« Europas, Großbritannien, war ein weiterer Grund, warum auch die Bundesrepublik auf der Insel in der Regel keine sonderlich gute Presse hatte. Die Teilung Deutschlands erregte kaum Emotionen und man hatte wenig Probleme mit der Existenz zweier deutscher Staaten.

Bezeichnet man also die britische Haltung gegenüber der Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten eher als zurückhaltend, so fiel die britische Wahrnehmung des zweiten deutschen Staates, der DDR, feindselig aus. »Gefängnisstaat« und »Tyrannei« – das waren die in der britischen Presse am häufigsten gebrauchten Beschreibungen der DDR anlässlich des Mauerbaus am 13. August 1961.² Die DDR hatte in Großbritannien traditionell keine gute Presse. Von der britischen Regierung offiziell nicht anerkannt, galt der zweite deutsche Staat im Königreich seit seiner Gründung 1949 als eine von kommunistischen Betonköpfen geführte Diktatur, die gänzlich vom Wohlwollen Moskaus abhing. Die meisten Menschen in Großbritannien hatten vom Leben in der DDR wahrscheinlich nur eine vage Vorstellung, gerade weil sich die Berichterstattung in den britischen Medien auf ein Minimum beschränkte. So blieb die DDR für die meisten Briten ein farbloser, grauer Staat, der höchstens dann

1 Zitiert in Alan Bullock: *Foreign Secretary, 1945–1951* (= *The Life and Times of Ernest Bevin*, Bd. 3), London 1983, S. 56.

2 Siehe dazu: *Communists Seal the Berlin Border*, in: *The Times* vom 14. August 1961; *Warnings from Berlin*, in: *Daily Telegraph* vom 14. August 1961; *Ulbricht Self-Indicted*, in: *Daily Telegraph* vom 17. August 1961; *Berlin and Disengagement*, in: *The Guardian* vom 18. August 1961. Zum Hintergrund der Krise um die Berliner Mauer siehe auch John Gearson/Kori N. Schake (Hg.): *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, Basingstoke 2002.

einmal Aufmerksamkeit erregte, wenn er dazu beitrug, scheinbar den Kalten Krieg anzuheizen, wie etwa in der zweiten Berlin-Krise ab 1958.³

Dennoch gab es seit Mitte der Fünfzigerjahre einen regen Besuchsverkehr britischer Parlamentsabgeordneter in die DDR, sodass am Ende des Jahrzehnts nicht weniger als ein Viertel aller Labour-Abgeordneten die DDR bereist hatte.⁴ Handelte es sich hier ausschließlich um DDR-Fans? Wohl kaum. Aber wie kam es zu dem regen Interesse gerade der britischen Linken am zweiten deutschen Staat? Was motivierte die britischen Politiker, in die DDR zu reisen? Welche Eindrücke nahmen sie von dort mit? Und wie reagierten sie auf den Mauerbau 1961? Welche Stellung hatte die DDR in der britischen Außenpolitik der Fünfziger- und Sechzigerjahre?

Im Folgenden wollen wir uns zunächst mit den verschiedenen parlamentarischen Delegationen aus Großbritannien beschäftigen, die seit der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre verstärkt die DDR besuchten, um zu erörtern, warum man auf britischer Seite den Lockrufen der SED folgte, und welche Reaktionen diese Besuche auf britischer Seite erzeugten. Im Hauptteil des Aufsatzes werden wir dann die Reaktionen auf den Berliner Mauerbau näher untersuchen. Es soll gefragt werden, inwiefern der Mauerbau zu einem Wandel in der britischen DDR-Politik und -Perzeption beigetragen hat.

Reisediplomatie hinter dem Eisernen Vorhang: Britische Parlamentarierdelegationen in der DDR

Ohne Frage sind viele britische Abgeordnete in die DDR gefahren, ohne sich dadurch gegenüber dem zweiten deutschen Staat zu irgendetwas verpflichtet zu fühlen. Für so manche war eine solche Reise vor allem ein touristisches Ereignis. Als sich der Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann gegenüber einem der vorzüglichsten Außenpolitiker der Labour Party und ausgesprochenem Deutschlandkenner Richard Crossman, der zudem noch hervorragend deutsch sprach, darüber beschwerte, dass Abgeordnete der Labour Party, die 1962 West-Berlin besuchten, nicht auch einen Abstecher nach Ost-Berlin machten, obwohl sie vormals gerne die Gastfreundschaft der DDR in Anspruch genommen hätten, replizierte Crossman trocken, dass er darüber nicht sehr überrascht sei: »Sie haben nur bekommen, was Sie verdient haben«, meinte er gegenüber Dieckmann. »Der Typ Mensch, der von Ihnen einen kostenlosen Urlaub annimmt, ist zu billig eingekauft, um als Freund zu gelten. Bei uns im Parlament

3 Zu den britisch-ostdeutschen Beziehungen siehe insgesamt Marianne Bell (jetzt Howarth): *Britain and East Germany: the Politics of Non-Recognition*, Diss., University of Nottingham 1977; Bert Becker: *Die DDR und Großbritannien 1945/49–1973. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik*, Bochum 1991; Henning Hoff: *Großbritannien und die DDR 1955–1973. Diplomatie auf Umwegen*, München 2003; Hans-Georg Golz: *Verordnete Völkerfreundschaft. Das Wirken der Freundschaftsgesellschaft DDR-Großbritannien und der Britain-GDR Society – Möglichkeiten und Grenzen*, Leipzig 2004; Stefan Berger/Norman LaPorte: *Friendly Enemies: Britain and the GDR, 1949–1989*, Oxford 2010.

4 Siehe Henning Hoff: *The GDR and the Labour Party, 1949–1989*, in: Stefan Berger/Norman LaPorte (Hg.): *The Other Germany. Perceptions and Influences in British-West German Relations*, Augsburg 2005, S. 75–99.

sagt man, dass, wenn ein Kollege keine Einladung nach Amerika oder ins Commonwealth oder nach Israel bekommen kann, es immer noch die Möglichkeit gibt, eine Reise an die Ostseeküste der DDR zu unternehmen. Diese Art von Witz schadet Ihrem Ruf.«⁵ Crossmans Warnung, die Reisen in die DDR nicht mit Unterstützung für das sozialistische Deutschland zu verwechseln, war sicher berechtigt, aber dennoch zeigte die Reisetätigkeit auch Wirkung: Im Februar 1959 stimmten 41 Labour-Abgeordnete im Unterhaus des britischen Parlaments einer Resolution zu, die eine De-facto-Anerkennung der DDR befürwortete. Kaum einer von ihnen sah in der DDR ein politisches Modell für Großbritannien. Doch zeigte sich so mancher nach seiner Rückkehr beeindruckt von den »sozialistischen Errungenschaften« des zweiten deutschen Staates. Davon zeugt u. a. der Besuch von acht einflussreichen Abgeordneten der Labour Party in Ost-Berlin im Juli 1956. Glaubt man der ostdeutschen Nachrichtenagentur ADN, waren die acht anschließend voller Bewunderung für »die großartigen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte« der DDR. Einer der Delegierten, Arthur Lewis, wurde wörtlich zitiert: »Was die sozialen Einrichtungen anbetrifft, so muss ich ehrlich sagen, dass das, was hier erreicht wurde, von keinem anderen Land der Welt übertroffen werden kann.«⁶ Auch wenn die Quelle für diese Äußerungen suspekt ist – wir wissen, dass die ostdeutschen Gastgeber sehr erfindungsreich waren, wenn es darum ging, die positiven Meinungen ihrer Gäste in deutschsprachigen Medien wiederzugeben, die von diesen Gästen selbst nicht gelesen werden konnten –, wir haben genug britisches Material, das ebenfalls belegt, dass viele Abgeordnete mit einem teilweise positiven DDR-Bild nach Großbritannien zurückkehrten.

Allerdings war die Delegation aus dem Jahre 1956 auch insofern typisch, als sie neben ihrem Lob für die DDR eine Reihe von Kritikpunkten vorbrachte. So sprachen die Delegierten die Frage freier Wahlen ebenso an wie das Problem sozialdemokratischer politischer Gefangener, und auch die Menschenrechtsverletzungen der DDR wurden direkt thematisiert. Derselbe Arthur Lewis, der sich offenbar so positiv über die sozialistischen Errungenschaften ausgelassen hatte, sprach zugleich von »einigen Dingen, denen ich überhaupt nicht zustimmen konnte. [...] Was ich am wenigsten mochte, war, dass die Menschen keinerlei Möglichkeit hatten, eine Opposition zur bestehenden Regierung zu bilden.«⁷ Es handelte sich bei Lewis um einen linken Labour-Abgeordneten, der im Spanischen Bürgerkrieg in den Internationalen Brigaden gekämpft hatte und dort u. a. Freundschaft mit Heinrich Rau schloss, dem späteren DDR-Minister für Außenhandel. Solche persönlichen Beziehungen aus der Zwischenkriegszeit und gemeinsame Erinnerungen an den Kampf gegen den Faschismus, waren gerade für die Fünfziger- und frühen Sechzigerjahre in den ostdeutsch-britischen Beziehungen gar nicht so selten. Sie trugen sicherlich dazu bei, dass die Selbstdarstellung der DDR als das moralisch bessere, weil antifaschistische Deutschland in Großbritannien zumindest teilweise auf offene Ohren stieß. Besonders linke Labour-Abge-

5 National Archives (London) (im Folgenden: NA), Foreign Office files (im Folgenden: FO), 371/163690, Richard Crossman, Visit to EG [1962]. Alle Übersetzungen aus dem Englischen wurden, so nicht anders angezeigt, von den Autoren des Beitrags vorgenommen.

6 Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur (im Folgenden: ADN), press report, Übersetzung im Labour Party Archive Manchester (im Folgenden: LPAM), International Department.

7 Ebd.

ordnete, wie »Red« Renée Short, taten sich in ihrem Engagement für die DDR hervor. Im Parlament als Vizevorsitzende der East-West Trade Parliamentary Group tätig, war sie zugleich über viele Jahre Vorsitzende der Britain-GDR Parliamentary Group. Ihre wiederholten Forderungen, die DDR endlich staatsrechtlich anzuerkennen, waren auf ihre Bewunderung für den Antifaschismus und die »sozialistischen Errungenschaften« der DDR zurückzuführen.⁸

Viel verbreiteter als solche Sympathien für den »real existierenden Sozialismus« waren allerdings die Stimmen, die mit ihrem Besuch einen aktiven Beitrag zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen leisten wollten. Es ging vielen von ihnen um den Abbau von Vorurteilen und Spannungen. Der eindimensionale Fokus auf die »bösen Kommunisten« sollte einer breiteren Perspektive auf die Menschen im und unter dem Kommunismus weichen. Als Peter Lister auf dem Parteitag der Labour Party 1961 die De-facto-Anerkennung der DDR forderte, tat er dies mit Verweis auf die Spannungen zwischen den Blöcken: »Wir müssen unbedingt sicherstellen, dass wir die Tyrannei eines politischen Regimes nicht durch den Terror eines Nuklearkriegs ersetzen.«⁹ Ed Varley, unter Harold Wilson Energieminister der Labour-Regierung, weilte in den späten Fünfziger- und Sechzigerjahren häufig in der DDR und gab seiner Unterstützung für eine Anerkennung der DDR seitens Großbritanniens gleich mehrfach Ausdruck. Dabei spielte sein Misstrauen gegenüber der westdeutschen Politik immer die wichtigste Rolle: Er betonte sowohl die Gefahr eines Wiederauflebens des Faschismus in der Bundesrepublik als auch seine Bemühungen, ein friedliches Miteinander zwischen den Blöcken zu erreichen.¹⁰

Problematisch war aus britischer Sicht vor allem, dass die DDR die internationale Politik gefährdete und die Sicherheit des Friedens in Europa bedrohte. Insofern berührte das Deutschlandproblem die außenpolitischen Interessen Großbritanniens unmittelbar, und schaffte deshalb durchaus eine gewisse Aufmerksamkeit für das »rote Preußen« hinter dem Eisernen Vorhang. Allerdings waren in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre, anders als noch zum Zeitpunkt der ersten Berlin-Krise 1948/1949, die meisten Briten nicht mehr bereit, eine militärische Auseinandersetzung um Berlin zu riskieren.¹¹ Der britische Premierminister Harold Macmillan reiste 1959 nach Moskau, um die Situation in Berlin zu entschärfen.¹² Bereits ein Jahr zuvor hatte der britische Außenminister, Selwyn Lloyd, in internen Dokumenten zu Protokoll gegeben, dass man in Großbritannien wohl oder übel »auf absehbare

8 Darren Lilleker: *Against the Cold War. The History and Political Traditions of Pro-Sovietism in the British Labour Party, 1945–1989*, London 2004, S. 197–206.

9 Labour Party Annual Conference Report (im Folgenden: LPACR), 1961, S. 169. Lister sprach als Delegierter der Coventry Borough Labour Party.

10 Siehe dazu z. B. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY 37/320, Bericht über den Aufenthalt der offiziellen Delegation der Miners' Parliamentary Group im britischen Unterhaus in der Zeit vom 25.8.–3.9.1966, 19. 10.1966, S. 1–11, hier S. 5.

11 Siehe Daniel Gossel: Die Berlinkrisen 1948/49 und 1958/62: Wendepunkte britischer Deutschlandpolitik, in: Arnd Bauerkämper (Hg.): *Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World*, Berlin 2002, S. 113–128.

12 Siehe John Gearson: *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 1958–1962: The Limits of Interests and Force*, Basingstoke 2002.

Zeit Gefangene der Politik Dr. Adenauers« sein würde.¹³ Dies machte die vollkommene Unzufriedenheit mit der starren Haltung der Bundesrepublik gegenüber der »Zone« deutlich. Weite Teile der politischen Klasse im Königreich waren parteiübergreifend der Meinung, dass man nicht dauerhaft real existierende Staaten in Europa einfach nach Vogel-Strauß-Manier ignorieren könne. Viele Politiker Großbritanniens teilten die ideologische Abneigung ihrer bundesrepublikanischen Pendants gegenüber der DDR, waren allerdings, anders als ihre westdeutschen Kollegen, der Ansicht, dass man zu einem *Modus Vivendi* finden müsse, der die innerdeutsche Teilung und die Berlin-Frage nicht immer wieder zu Krisenthemen im Kalten Krieg machen würde. In der britischen Politik war eine solche Position besonders unter Labour-Abgeordneten sehr verbreitet. Hier verbanden sich Befürchtungen vor einem dritten Weltkrieg mit einer Abneigung gegenüber der christdemokratischen Politik Adenauers und teilweise sogar mit gewissen Sympathien gegenüber dem »real existierenden Sozialismus« in der DDR.

Vonseiten der britischen Linken waren deshalb Forderungen nach einer De-facto-Anerkennung der DDR besonders laut zu vernehmen, während sie bei Vertretern der konservativen Regierungspartei eher unter der Hand geäußert wurden. Nur eine solche Anerkennung, so hörte man, würde die DDR nicht mehr zu einem Faktor der Destabilisierung in Mitteleuropa machen. Genau das war aber bis zum Einsetzen der Ostpolitik in der Bundesrepublik ein Tabu, und so verwundert es nicht, dass der Moskau-Besuch Macmillans einen Tiefpunkt in den westdeutsch-britischen Beziehungen der Fünfzigerjahre markierte.

Einige Politiker in Großbritannien sahen gerade auch in verstärkten Handelsbeziehungen mit der DDR ein probates Mittel, um die Spannungen im Kalten Krieg abzubauen. So bezeichnete etwa der Labour-Abgeordnete Ian Mikardo die Handelsbeziehungen, die er zwischen britischen und DDR-Firmen vermittelte, als ein »Licht der Hoffnung«, das die Region hinter dem Eisernen Vorhang erleuchtete.¹⁴ Mikardo hatte bereits in den Dreißigerjahren als Unternehmensberater für die Industrie die Leipziger Messen besucht. Nach dem Krieg baute er seine eigene Handelsgesellschaft auf, Mikardo plc, die regelmäßig Seminare für britische Geschäftsleute abhielt, die an wirtschaftlichen Beziehungen zu den kommunistischen Staaten hinter dem Eisernen Vorhang Interesse zeigten. Seine engen Verbindungen zu den DDR-Behörden machten ihn auch wiederholt zum Vermittler politischer Kontakte, so z. B. als er 1964 den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Kammer für Außenhandel der DDR in London (KfA Ltd.), Jost Prescher, dem zukünftigen Außenminister der Labour-Regierung, Patrick Gordon Walker, vorstellte. Walker betonte während des Zusammentreffens zwar, dass die Labour-Regierung wenig tun könne, um die diplomatische Anerkennung der DDR zu fördern,¹⁵ dennoch war Mikardo weiterhin davon überzeugt, dass der Handel einen wichtigen Pfeiler der friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West darstellte. Er gewann andere Labour-Abgeordnete, insbesondere Jo Richardson, für seine Handelsgesellschaft, die bis 1977 Bestand hatte. Im Nachhinein ist es schwer zu sagen,

13 NA, PREM 11/2347, Blatt 68 – 72: *draft minute* des Außenministers an den Premierminister.

14 Siehe dazu ausführlich Ian Mikardo: *Backbencher*, London 1988.

15 LPAM, Jo Richardson papers: LP/RICH/1/15: Ian Mikardo Diaries, 30. April 1964.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

13. Juni 1964, Bad Salzungen:
Britische Unterhausabgeordnete
besuchen das Kalkkombinat
»Werra«. George Drayson
(1. v. l.), Kurt Wolf (2. v. l.,
Vizepräsident der Kammer für
Außenhandel der DDR),
C.B.H. Curzie (3. v. l.),
Godfrey Lagden (4. v. l.),
Hans Rommel (rechts, Direktor
des Kombinats).

inwiefern bei Mikardos und Richardsons Tätigkeit die idealistischen Beweggründe wichtiger waren als die zum Teil recht erheblichen Provisionen, die Abgeordnete für diese Mittlertätigkeit kassierten.

Sicher ist, dass die vielfältigen Kontakte der Labour-Abgeordneten zur DDR unter den sozialdemokratischen Genossen in der Bundesrepublik auf zunehmendes Missfallen stießen. Nachdem die DDR-Medien wiederholt über positive Äußerungen von Labour-Politikern, die die DDR besuchten, berichtet hatten, schrieb der Parteivorstand der Berliner SPD ein Jahr vor dem Mauerbau an den Labour-Vorsitzenden Hugh Gaitskell. In seinem Schreiben brachte er seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass »Labour-Abgeordnete und Mitglieder unserer gemeinsamen Internationale eine solche Haltung gegenüber einer rücksichtslosen Diktatur über Arbeiter« an den Tag gelegt hätten.¹⁶ Eine hochkarätige SPD-Delegation, mit Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und Fritz Erler an der Spitze, reiste nach London, um die Misstöne in direkten Gesprächen mit Gaitskell, Harold Wilson, Dennis Healey, Morgan Phillips und David Ennals auszuräumen. Während die SPD-Repräsentanten argumentierten, dass die Labour-Abgeordneten sich zu willfährigen Werkzeugen der DDR-Anerkennungspolitik instrumentalisieren ließen und das diktatorische Regime der SED legitimierten – zu einem Zeitpunkt, als sozialdemokratische Gegner der SED noch in den DDR-Gefängnissen einsaßen –, bestand die Labour-Führung darauf, dass ihre Abgeordneten keinerlei Weisungen der Partei unterlagen. Zudem wies die britische Parteiführung darauf hin, dass Gesprächsbe-

¹⁶ LPAM, International Department: Brief von Kurt Mattick an Hugh Gaitskell, 15. Juni 1960.

18. April 1963: Eine Delegation der britischen Labour Party, die auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe in der DDR weilt, unternimmt eine Stadtrundfahrt durch Berlin und besichtigt verschiedene Großbaustellen, hier die neuen Bauten in der Karl-Marx-Allee. Leiter der britischen Delegation: Albert Edward Oram (3. v. l.).

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

reitschaft nicht mit Unterstützung der DDR gleichzusetzen sei und konnte mit Beispielen aufwarten, die auch eine kritische Haltung aufseiten der Labour-Abgeordneten gegenüber der DDR belegten.

Die DDR-Reisen britischer Abgeordneter stießen allerdings nicht nur bei der SPD auf Missfallen. Das Außenministerium in London wies die Parteiführungen aller im britischen Unterhaus vertretenen Parteien darauf hin, dass ihre Abgeordneten nur nach vorherigen Informationsgesprächen hinter den Eisernen Vorhang reisen sollten. Nach Möglichkeit sollten sie ihren Gastgebern keine Chance geben, ihre Äußerungen als Unterstützung für die DDR auszulegen. Letztlich war sich das Außenministerium allerdings nur zu bewusst, dass es keine Druckmittel in der Hand hielt, um diesen politischen Tourismus in die DDR zu unterbinden.¹⁷ Der Unmut im Ministerium rührte auch daher, dass man überzeugt war, die ostdeutschen Kommunisten hätten in Großbritannien relativ leichtes Spiel, da viele britische Abgeordnete und ein Gutteil der Bevölkerung dem westdeutschen Verbündeten mit Misstrauen und Abneigung, wenn nicht gar mit Furcht begegneten. Auch unter den Abgeordneten gab es durchaus Kritik an der vorherrschenden Reiselust britischer *Members of Parliament* (MPs). So erklärte etwa der konservative Abgeordnete Colonel Sir Tufton Beamish im Unterhaus im Juli 1962, dass sich viele seiner »*honourable friends*« von den ostdeutschen Kommunisten für Propagandazwecke missbrauchen ließen. Sie kämen nach Ost-Berlin, um dort Geschäfte zu machen, würden allerdings von der DDR für ihre politischen Zielsetzungen

¹⁷ Siehe NA, FO 371/160532: Confidential. Foreign Office Memo [Eingangsstempel: 21. April 1961].

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

22. April 1958: Der Stellvertretende Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Gerhard Weiss, empfängt eine Delegation von Unterhausabgeordneten der britischen Labour Party. Es wurden Fragen der Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und der DDR besprochen. Gerhard Weiss (links), Rankin (2. v. l.), Fernyhough (2. v. r.), Millan (rechts), Bence (Rückensicht).

eingespannt.¹⁸ Mit Genugtuung gaben die ostdeutsche Presse sowie Radio und Fernsehen nur wenige Monate vor dem Mauerbau die Äußerungen des Oberbürgermeisters von Coventry, William Callow, wieder, der auf seiner DDR-Reise angeblich nichts von »undemokratischen Methoden« der SED gemerkt hatte. Er bescheinigte der Partei- und Staatsführung, dass er »keine Beweise für die Unterdrückung oder die Abwesenheit von Demokratie« gefunden habe noch gäbe es »irgendeine Rechtfertigung für die Meinung, dass Wahlen unter Polizeiaufsicht stattfänden oder die Menschen keine Möglichkeit hätten, die Behörden zu kritisieren«.¹⁹

Aber es waren nicht nur Labour-Abgeordnete, die sich im Vorfeld des Mauerbaus um eine Verbesserung der Beziehungen mit Ost-Berlin bemühten. Auch im Umkreis der Liberalen Partei gab es einige, die sich intensiv Gedanken machten, wie die heiße Phase des Kalten Krieges zu einem Ende gebracht werden könnte. Dabei spielte immer wieder die De-facto-Anerkennung der DDR eine wichtige Rolle. Schon 1958 war der damalige Parteiführer der Liberalen, Clement Davies, von der Leipziger Messe zurückgekehrt, um sich öffentlich für eine Normalisierung der Handelsbeziehungen zur DDR einzusetzen.²⁰ Ein halbes Jahr nach

18 Hansard (online) HC Deb. 5 July 1962, Bd. 662, Reihe 787, in: <http://hansard.millbanksystems.com/search/5%20july%201962?year=1962>, ges. am 22. November 2010.

19 NA, FO 371/163695: Confidential, o.D.

20 Siehe Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden: AA), Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (im Folgenden: MfAA), A 13045: Kurzer Überblick über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien, 20. Juni 1958, S. 132–137, hier S. 134.

Mauerbau reiste ein noch junger David Steel (er stand zwischen 1976 und 1988 an der Spitze der Partei) nach Ost-Berlin, um einerseits seiner ideologischen Ablehnung des Kommunismus vor Ort Ausdruck zu verleihen, andererseits allerdings auch zu betonen, dass die Realpolitik in Mitteleuropa eine Anerkennung der DDR notwendig mache: »Die DDR ist ein Faktum, und wir müssen mit Fakten Politik machen und nicht mit Gespenstern.«²¹ Steel publizierte noch 1970 im *Guardian* einen Artikel, der ein rosarotes Bild des Wirtschaftspotenzials der DDR zeichnete.²² Der liberale Abgeordnete Eric Lubbock verband die Forderung nach einer Anerkennung der DDR mit einer Ablehnung des westdeutschen Ziels einer Wiedervereinigung, das, laut Lubbock, nur den Frieden in Europa gefährde, ohne realistische Aussichten auf Verwirklichung zu haben.²³

Unter konservativen Abgeordneten gab es nur sehr vereinzelt Kontakte mit der DDR. Die ideologische Distanz war meist zu groß, und die Mentalität des Kalten Kriegs war hier ohne Frage am stärksten verankert. So blieben konservative Abgeordnete, wie Burnaby Drayson oder Viscount Hinchinbrooke, die sich vor allem um bessere Handelsbeziehungen mit der DDR bemühten, eher die Ausnahme. Der Abgeordnete Hinchinbrooke hatte bereits in einer Unterhausdebatte 1956 eine offizielle Anerkennung der DDR gefordert.²⁴ Drayson setzte sich nachdrücklich für den ADN-Korrespondenten Franz Krahl ein, als dieser 1961 aus Großbritannien ausgewiesen wurde.²⁵ Wichtiger als diese Einzelfälle waren, wie bereits angedeutet, die meist hinter vorgehaltener Hand gemachten Äußerungen von führenden konservativen Politikern, die ebenfalls bedauerten, nicht zu pragmatischeren Lösungen in der Frage einer De-facto-Anerkennung der DDR gelangen zu können. Die britische Politik blieb in dieser Hinsicht in der Tat immer einen Schritt hinter ihrem Bündnispartner, der Bundesrepublik, zurück. Geht man also insgesamt von einem sich abzeichnenden Konsens in der britischen Politik zugunsten einer De-facto-Anerkennung der DDR um 1960 aus, dann stellt sich die Frage, inwiefern der Mauerbau 1961 einen Einfluss auf diese Position hatte.

Der Berliner Mauerbau in der Wahrnehmung britischer Politik: Krise und Chance zugleich

Die Mauer als physische Teilung Berlins wurde in Großbritannien nahezu einstimmig abgelehnt. Der Labour-Abgeordnete Desmond Donnelly wurde unmittelbar nach dem Mauerbau in der Kampagne »Freiheit für Berlin« aktiv und unterzeichnete, wie viele seiner Mitabgeord-

21 Liberal Party Archive – London School of Economics (im Folgenden: LPA–LSE), 16/76, David Steel, Report on Visit to Berlin 7–9 April 1962, S. 1–5, hier S. 2.

22 Siehe David Steel: The Marxist Millionaires, in: The Guardian [undatiert], in AA, MfAA C 180/73.

23 AA, MfAA C 141, Eric Lubbock, Report to Jeremy Thorpe on my visit to the GDR, October 15–19, 1967, 30. Oktober 1967, S. 44–48, hier S. 44.

24 Siehe Parliamentary Archive London, Hansard, 27 February 1956, Reihe 922–26, in: <http://hansard.millbanksystems.com/sittings/1956/feb/27>, ges. am 22. November 2010.

25 Siehe Henning Hoff: Großbritannien und die DDR 1955–1973: Diplomatie auf Umwegen, München 2003, S. 136; Marianne Howarth: Großbritannien und die DDR. Beziehungen und Nicht-Beziehungen, in: Heiner Timmermann (Hg.): Die DDR: Erinnerungen an einen untergegangenen Staat, Berlin 1999, S. 156 f.

neten, eine Petition, die den Westen dazu aufforderte, dem aggressiven Verhalten der Sowjetunion mit Entschlossenheit entgegenzutreten. Schon im Mai 1959 schrieb Donnelly in der Zeitschrift *The Spectator*: »Ein Kompromiss in der Berlin-Frage ist ausgeschlossen. Mr K[rushev] muss dies deutlich gemacht werden. Auch muss jeder Versuch, Stalins Reich in Osteuropa zu legitimieren, zurückgewiesen werden. Die politischen Quislinge in Pankow, Prag, Budapest und anderen osteuropäischen Hauptstädten sind keine Vertreter ihrer Länder; ohne die Unterstützung der Roten Armee würden sie sich noch nicht einmal ein paar Stunden lang halten können.«²⁶ In Berlin, so Donnelly 1961, wurde nicht nur die Freiheit der Berliner verteidigt, sondern die Freiheit der Menschen auf der ganzen Welt.²⁷ West-Berlin galt ihm als Bastion der Freiheit schlechthin. Ihre Preisgabe würde eine Demoralisierung des Westens zur Folge haben, die ähnliche Auswirkungen hätte, wie das Münchener Abkommen von 1938.

In der Debatte über den Bau der Berliner Mauer im britischen Unterhaus verurteilten führende Köpfe aller drei im Unterhaus vertretenen Parteien das Unternehmen scharf. Edward Heath sprach von einem Zeichen der »Schwäche« Ost-Berlins, das außerdem noch einen ausgesprochenen »Mangel an Humanität« bezeuge.²⁸ Hugh Gaitskell fand noch deutlichere Worte: »Niemand, dem die Freiheit am Herzen liegt und der auch nur einen Funken Menschlichkeit in sich trägt, wird nicht von schweren Gefühlen des Schocks, der Empörung und der Enttäuschung heimgesucht worden sein. Auch wenn das physische Leiden sich nicht mit der Unterdrückung der ungarischen Revolte vergleichen lässt, so erregt es in uns dieselbe Emotion – Frustration darüber, dass wir nichts unternehmen können, um zu helfen und Empörung über das Geschehene. Was für ein Kommentar zur Bilanz und zur Popularität des kommunistischen Regimes, dem nach 15 Jahren und dem Verlust von drei Millionen Menschen, nichts anderes einfiel als Gefängnismauern zu errichten, um den Exodus von weiteren Millionen zu stoppen und die eigene Bevölkerung im Land zu halten.«²⁹ Des Weiteren sprach Jo Grimond im Namen der Liberalen von der »horrenden Situation, dass Mauern um Berlin errichtet werden, um die Menschen daran zu hindern, die Freiheit im Westen zu erreichen. Dies muss zivilisierte Menschen in der ganzen Welt mit Horror und Schrecken erfüllen.«³⁰ Aber die scharfe und einhellige Verurteilung des Mauerbaus ging bereits in der Unterhausdebatte mit dem eindrücklichen Hinweis Gaitskells einher, dass die Mauer es notwendig mache, dass erstens, die Bundesrepublik endlich die Oder-Neiße-Grenze anerkenne, zweitens, die Debatten um eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa wieder aufgenommen würden und drittens, es zu einer De-facto-Anerkennung der DDR kommen müsse. Gaitskell zeigte zwar gerade beim letzten Punkt Verständnis für die westdeutsche Haltung, die er in der Furcht westdeutscher Politiker begründet sah, damit die Spaltung des Landes zu besiegeln, aber er verwies auch darauf, dass eine solche Anerkennung durchaus mit dem langfristigen Ziel der Wiedervereinigung einhergehen konnte.³¹

26 Manuskript des Spectator-Artikels in National Library of Wales, Aberystwyth, Desmond Donnelly Papers, D4.

27 National Library of Wales, Aberystwyth, Desmond Donnelly Papers, C4: Freedom in Berlin.

28 Hansard (online), HC Deb. 17 October [1961], Band 646, Reihe 26, in: <http://hansard.millbanksystems.com/sittings/1961/oct/17>.

29 Ebd., Reihe 35/36.

30 Ebd., Reihe 72.

31 Siehe ebd., Reihe 42–45.

Noch im Jahr des Mauerbaus nahm der der Labour Party nahestehende Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsverbandes TUC (*Trades Union Congress*), George Woodcock, an einer vom DGB organisierten »Mauertour« teil, die ihm Gelegenheit gab, die Mauer in unzweideutigen Worten zu verurteilen.³² Allerdings gab es innerhalb des britischen Gewerkschaftsbundes darüber hinaus viele Einzelgewerkschaften, in denen kommunistische Funktionäre einen wichtigen Einfluss hatten. Diese nahmen in der Regel eine mit der DDR sympathisierende Haltung ein und pflegten auch Kontakte zu DDR-Gewerkschaften.³³ Von der Bergarbeitergewerkschaft finanzierte Labour-Abgeordnete, wie I. J. Kelly, A. C. Davies und E. Williams, besuchten die DDR 1965 und gaben dort zu Protokoll, dass das andere Deutschland natürlich das Recht habe, wie jeder andere Staat auch, seine Grenzen zu verteidigen.³⁴ Noch in den Siebzigerjahren gaben Labour-Abgeordnete bei den von der DDR organisierten Potsdamer Gesprächen (eine Imitation der westdeutschen Königsberger Gespräche) zu Protokoll, dass man der Volkspolizei in der DDR zur »ehernen Verteidigung der Berliner Mauer« gratulieren müsse.³⁵

Immer wieder stand sich die DDR allerdings in ihrem Bemühen, den Mauerbau gegenüber ihren Freunden aus Großbritannien zu verteidigen, selbst im Weg. So betonte der Labour-Abgeordnete Edwin Wainwright etwa nach einem Besuch der DDR, dass die Bonner Regierung die Entspannung zwar blockiere, wo sie nur könne, aber er machte auch keinen Hehl daraus, dass er die kriegesischen Töne in einer Rede eines NVA-Generals an der Berliner Mauer ebenfalls nicht gerade mit Beifall quittiert hatte. Gerade der Schießbefehl der DDR-Grenztruppen stieß selbst bei kommunistischen Funktionären in Großbritannien auf breite Ablehnung. Der Gewerkschaftsführer der südwalisischen Bergarbeiter David Francis, Mitglied der *Communist Party of Great Britain* (CPGB), schrieb sogar an Walter Ulbricht, um sich über diese unmenschliche Praxis zu beschweren.³⁶

Es kann insgesamt kein Zweifel daran bestehen, dass das Image der DDR in Großbritannien durch den Mauerbau weiter gelitten hat. Die verbreitete Ablehnung der DDR auf der Insel nahm mit dem Mauerbau noch zu. Eine Propagandaoffensive der DDR, die die Friedensfunktion des »antifaschistischen Schutzwalls« betonte, stieß auf taube Ohren. Selbst britische Kommunisten, die in der DDR für die ostdeutschen Belange arbeiteten, wie der seit 1960 in Ost-Berlin ansässige Journalist Alan Winnington, äußerten sich skeptisch über die Möglichkeit, den Mauerbau in einem positiven Licht erscheinen zu lassen. Winnington berichtete für die britische kommunistische Tageszeitung *Daily Worker* positiv über den Mauerbau und bezeichnete die Mauer als probates Mittel, westliche, gegen die DDR gerich-

32 Siehe Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes, I A 24/1965, DGB Informationsdienst Report: George Woodcock: »Die grausame Mauer«.

33 Siehe Stefan Berger/Norman LaPorte: Official Anti-Communism and What Lay Beneath: the British Trade Unions and the »Other« Germany, in: Berger/LaPorte (Hg.): *The Other Germany* (Anm. 4), S. 141–158.

34 SAPMO-BArch, DY 37/320, Bericht über den Studienaufenthalt der Delegation der National Union of Mine Workers, South Wales Area in der Zeit vom 5.–14. März 1965, 18. März 1965, S. 1–5, hier S. 3.

35 Interview mit Neal Ascherson, 22. Mai 2002.

36 Siehe SAPMO-BArch, DY 37/320, David Francis an Walter Ulbricht, 22. April 1964 [Übersetzung des Originals].

tete Spionage zu unterbinden. Hinter vorgehaltener Hand gab er gegenüber den ostdeutschen Kommunisten allerdings zu erkennen, dass selbst die Leser des *Daily Worker* es ihm kaum abnehmen würden, wenn er schrieb, »der antifaschistische Schutzwall« sei etwas anderes als der Versuch, die ostdeutsche Bevölkerung daran zu hindern, en masse mit den Füßen abzustimmen und in den Westen zu gehen.³⁷

Grundsätzlich gingen eine weit verbreitete Ablehnung des Mauerbaus aus moralischen Gründen und seine Brandmarkung als Akt der Unmenschlichkeit allerdings mit der Betonung einher, dass man nun erst recht den staatlichen Realitäten in Mitteleuropa ins Auge sehen müsse. Der kurz nach dem Mauerbau stattfindende Parteitag der Labour Party 1961 verabschiedete demzufolge eine Resolution, die den Bau der Mauer verurteilte und zugleich zu einer De-facto-Anerkennung der DDR aufrief.³⁸ Die Mitglieder der Liberalen Partei einigten sich auf ihrem Parteitag im gleichen Jahr auf eine sehr ähnlich lautende Resolution, die eine De-facto-Anerkennung der DDR mit Forderungen nach sowjetischen Garantien für West-Berlin verband.³⁹ Auf dem Parteitag anwesende Gastdelegierte der westdeutschen FDP verließen daraufhin unter Protest den Parteitag ihrer britischen Schwesterpartei.⁴⁰ Nichtsdestotrotz lag die Haltung der Partei ganz auf der Linie ihres Parteiführers, Jo Grimond, der bereits im August 1961 einen Drei-Punkte-Plan vorgelegt hatte, um die Krise um den Berliner Mauerbau zu überwinden. Auch dieser Plan sah eine De-facto-Anerkennung der DDR vor.⁴¹

Einer der großen Deutschland-Experten der Labour Party war, wie bereits erwähnt, Richard (Dick) Crossman. Schon in den Dreißiger- und Vierzigerjahren hatte er die deutschen Sozialdemokraten im Londoner Exil unterstützt, indem er nicht zuletzt als Kurier nach Nazi-Deutschland gereist war.⁴² In den Fünfzigerjahren nahm er regelmäßig an den Königsberger Gesprächen teil und verfügte über enge Kontakte zur westdeutschen SPD, war aber zugleich auch ein gern gesehener Gast in Ost-Berlin. Zum Zeitpunkt des Mauerbaus weilte Crossman zufällig in der DDR, wo er sich auf einer Rundreise über die vollkollektivierte Landwirtschaft informieren wollte. Crossman bezeichnete die Mauer als »in Beton gegossene Realität« und verlieh damit seiner Meinung Ausdruck, dass man die Existenz eines zweiten deutschen Staates nicht auf Dauer ignorieren könne. Bei seinen Gesprächen mit Albert Norden 1962 in Ost-Berlin stimmte Crossman mit dem Chefideologen der SED durchaus darin überein, dass der Mauerbau die DDR stabilisiert habe. Die Unabhängigkeit eines zweiten deutschen Staates stand nunmehr nicht mehr infrage. Und so war es nur folgerichtig, dass Crossman mit Norden auch darin einer Meinung war, dass man zu einer friedlichen Koexistenz zweier deutscher Staaten kommen müsse.⁴³

37 AA, MfAA 13068, Vermerk über ein Gespräch mit dem Berlin-Korrespondenten des *Daily Worker*, Alan Winnington, 25. August 1961, S. 148–150.

38 Siehe LPACR, 1961.

39 Siehe LPA–LSE, Motion for the de facto recognition of East Germany at the Edinburgh conference, 21 September 1961.

40 Siehe AA, MfAA, A 13092, Bericht über Reisen und Gespräche mit Herrn Donald Fletcher Burden anlässlich seines Aufenthalts in der DDR vom 14.–22. Februar 1963, S. 1–4, hier S. 2.

41 Siehe LPA–LSE, L.N., 31, Grimond's 3-Point-Plan for Berlin, August 1961; siehe auch ebd.: Grimond on the Berlin Crisis (1960).

42 Siehe Anthony Howard: Crossman: the Pursuit Power, London 1990.

43 NA, FO 371/163690: Richard Crossman, Visit to EG [1962].

Dabei war Crossman, das erkannten auch seine Gesprächspartner in der DDR, ein lupenreiner Antikommunist, der davon sprach, selbst keinen Tag in der DDR leben zu wollen. In einem für die Labour Party bereits Mitte der Fünfzigerjahre erarbeiteten Memorandum zur Deutschlandfrage ging Crossman davon aus, dass man gerade über verstärkte Kontakte zur DDR die Isolation der ostdeutschen Kommunisten durchbrechen und die Attraktivität eines westlichen, pluralistischen und sozialdemokratischen Gesellschaftsmodells der DDR-Bevölkerung näherbringen könne.⁴⁴ Damit formulierte Crossman Jahre vor Egon Bahr und Willy Brandt Grundüberzeugungen einer Neuen Ostpolitik, wie sie seit Mitte der Sechzigerjahre auch in die bundesrepublikanische Außenpolitik Einzug hielt. Inwiefern Crossmans Ideen bereits in den Fünfzigerjahren in Gesprächen mit sozialdemokratischen Politikern wie Brandt und Bahr entstanden, konnte bislang nicht geklärt werden. Wichtig ist allerdings, hier festzuhalten, dass eine solche »Ostpolitik vor der Ostpolitik« gerade innerhalb der Labour Party zu einem wichtigen Beweggrund für die forcierte De-facto-Anerkennung der DDR wurde.⁴⁵

Eine solche De-facto-Anerkennung forderte auch Harold Wilson nach seinem viertägigen Besuch in West-Berlin im Juli 1962, auf den ihn nicht weniger als 45 seiner Abgeordneten begleitet hatten. Wilson redete zwar von einem »echten Schock«, den die tatsächliche Konfrontation mit der Mauer ausgelöst habe, sprach sich in der Debatte um seinen Besuch allerdings nachdrücklich für eine friedliche Koexistenz beider deutschen Staaten aus. Selbst ein konservativer Abgeordneter tat in derselben Debatte seine Meinung kund, dass man der DDR beinahe helfen müsse, weiter zu existieren, da die Alternative zur DDR nur der Dritte Weltkrieg sei.⁴⁶

Das Argument, dass die Gesprächsbereitschaft der Labour Party mit Vertretern der DDR nicht auf Sympathien mit dem real existierenden Sozialismus basiere, sondern vielmehr mit dem Versuch zu tun habe, die Kommunisten in der Diskussion und durch den Kontakt zu unterminieren, findet sich bereits in einem Antwortschreiben von Gaitskell an den Parteivorsitzenden der Berliner SPD, Franz Neumann, vom Mai 1957. Neumann hatte sich bei Gaitskell für dessen Unterstützung sozialdemokratischer politischer Gefangener in der DDR bedankt, zugleich aber auch kritisiert, dass britische Labour-Abgeordnete bei ihren Besuchen in der DDR zur Anerkennung der »Ostzone« aufgerufen hätten. Die Besucher von der Insel würden, so Neumann, zu bereitwillig akzeptieren, was ihnen von ihren kommunistischen Gastgebern vorgesetzt würde. Gaitskell stimmte in seiner Antwort zwar dem Vorschlag Neumanns zu, dass Labour-Abgeordnete vor ihrer Reise in die DDR möglichst den Kontakt mit der westdeutschen SPD suchen sollten, gab aber zu bedenken, dass die Ablehnung der kommunistischen Diktatur nicht bedeuten könne, jeden Kontakt über den Eisernen Vorhang hinweg abzubrechen.⁴⁷ »Die brutale Unterdrückung, [...] unter der die Menschen in der sowjetischen Zone gegenwärtig leben«, so Gaitskell, könne nur überwunden werden,

44 Modern Records Centre, University of Warwick, Crossman Papers, MSS. 54/3/POL/48–60, Richard Crossman, Some Notes on Labour's Foreign Policy, Feb. 1956.

45 Stefan Berger/Norman LaPorte: Ostpolitik before Ostpolitik. The British Labour Party and the German Democratic Republic (GDR), 1955–1964, in: *European History Quarterly* 36 (2006), H. 3, S. 396–420.

46 Hansard (online) HC Deb. 5 July 1962, Band 662, Reihe 779 und Reihe 798, in: <http://hansard.millbanksystems.com/sittings/1962/jul/05>, ges. am 22. November 2010.

47 LPAM, International Department: Brief Neumann an Gaitskell, in: Vorwärts vom 25. Mai 1957.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

London, 15. Mai 1965: Erste öffentliche Veranstaltung der Organisation BRIDGE (Britain-Democratic-Germany-Exchange). Das Präsidium: Renée Short, Vorsitzende (Mitte); John Peet, Herausgeber von *German Report* (rechts); Gordon Schaffer, Vorsitzender des britischen Friedenskomitees (links).

indem man die Mauer des Schweigens bräche, die von den kommunistischen Regierungen selbst errichtet wurde. Nichts könne den Kommunismus so effektiv unterminieren wie der Dialog.⁴⁸ Allerdings fehlte dieser britischen Ostpolitik gänzlich das Element der Wiedervereinigung, das bei der bundesrepublikanischen Ostpolitik zu einem so wichtigen Motiv werden sollte.⁴⁹

Die DDR nahm diese Entwicklungen in der britischen Politik deutlich zur Kenntnis und versuchte sie nach Kräften zu fördern. Es ist durchaus kein Zufall, dass sich noch 1961 ein Vorläufer der dann 1965 offiziell ins Leben gerufenen Freundschaftsgesellschaft Großbritannien-DDR (BRIDGE, *Britain-Democratic-Germany-Exchange*) mit tatkräftiger Unterstützung der DDR-Liga für Völkerfreundschaft bemühte, die fehlenden offiziellen Beziehungen der DDR mit Großbritannien zu kompensieren. BRIDGE sollte als alternative Botschaft in Großbritannien fungieren bzw. ihre Mitglieder sollten als Botschafter der DDR für den ostdeutschen Staat in Großbritannien werben. Die seit 1961 maßgebliche Person für die

48 Offener Brief von Hugh Gaitskell an Franz Neumann, in: Vorwärts vom 19. Juli 1957.

49 Siehe Luca Ratti: Britain, Ost- and Deutschlandpolitik, and the CSCE (1955–1975). Bern 2008.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

21. November 1969, DDR-Volkskammerabgeordnete in London: Prof. Dr. Hermann Budzislawski, Herausgeber und Chefredakteur *Die Weltbühne* (4. v. l.), Renée Short, Vorsitzende der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe Großbritannien – DDR (3. v. l.).

Organisation dieser Kontakte war die spätere Erste Sekretärin von BRIDGE, Hilda Forman. Forman, selbst langjähriges Mitglied der CPGB, wollte mit ihren Aktivitäten dazu beitragen, das negative Image der DDR in Großbritannien zu verbessern. In ihrer Biografie, die geprägt war vom antifaschistischen Kampf der Dreißiger- und Vierzigerjahre, machte Forman vor allem die Bundesrepublik und die »westdeutsche Propaganda« dafür verantwortlich, dass die meisten Briten von der DDR nichts wissen wollten.⁵⁰ Formans Versuchen, ein breites Netzwerk von Kontakten aufzubauen, das sich von Parlamentsabgeordneten zu Journalisten und zentralen Figuren des öffentlichen Lebens erstrecken würde, blieb allerdings ein durchschlagender Erfolg versagt. BRIDGE operierte weitgehend in London und zu den Veranstaltungen der Freundschaftsgesellschaft kamen in der Regel immer wieder die üblichen Verdächtigen – vor allem linke Labour-Abgeordnete und Gewerkschafter.

Auch im britischen Parlament wurde mit der All Party Britain-GDR Group, deren aktiver Kern fast ausschließlich aus linken Labour-Abgeordneten bestand, eine Institution geschaffen,

⁵⁰ Interview Stefan Berger mit Hilda Forman, 1. August 2000. Das transkribierte Interviewmanuskript befindet sich im Besitz der Autoren.

die die Anerkennungspolitik der DDR fördern sollte. Allerdings kam es erst 1969 zu einem ersten Besuch einer Volkskammerdelegation in Großbritannien. Professor Budzislawski, der die Gruppe anführte, zeigte sich auf einer Pressekonferenz in London überzeugt, dass damit ein neues Kapitel in den ostdeutsch-britischen Beziehungen aufgeschlagen würde.⁵¹ In der Tat war der Besuch nur möglich geworden, da die britische Regierung zum ersten Mal seit 1949 die bestehenden Visarestriktionen für offizielle Vertreter der DDR aufhob. In Ost-Berlin sah man darin einen ersten Schritt auf dem Weg zur Anerkennung der DDR. In London wurde die DDR-Delegation zahlreichen Parlamentariergruppen vorgestellt, und der Besuch erregte einiges Medieninteresse – Budzislawski wurde etwa vom prestigeträchtigen BBC Programm *24 Hours* interviewt, und seine Pressekonferenz im Waldorf Astoria Hotel wurde von über 50 Journalisten besucht. Dennoch, die britische Regierung hob die Visabeschränkungen für SED-Mitglieder nicht grundsätzlich auf und signalisierte, dass man auf keinen Fall von einer gemeinsamen Position mit dem westdeutschen Verbündeten abrücken werde.

Insgesamt wird man sagen können, dass die DDR-Propaganda zur Rechtfertigung des Mauerbaus am ehesten dort Erfolg hatte, wo sie die Bundesrepublik und ihren angeblichen Militarismus attackieren konnte. Hiermit traf sie auch in Großbritannien auf Zustimmung. Der britische Botschafter in Bonn, Christopher Steel, gab schon wenige Monate nach dem Mauerbau zu bedenken, dass das eigentliche Problem für Großbritannien nicht die Mauer sei, sondern der Aufstieg Westdeutschlands zu einer europäischen Macht, die Großbritannien den Rang ablaufen könne.⁵² Im britischen Unterhaus gab es 1961 eine Debatte zur Berliner Mauer, aber insgesamt nicht weniger als sieben Debatten zur Frage der eventuellen Aufrüstung der bundesdeutschen Armee mit nuklearen Sprengköpfen. Harold Wilson, Michael Foot und Jo Grimond waren unter den vielen Abgeordneten, die in diesen Debatten immer wieder vor einer Bewaffnung der bundesrepublikanischen Armee mit Nuklearwaffen warnten.⁵³ Kaum zwei Wochen nach dem Mauerbau begegneten einige Teile der Labour Party und der einheimischen Presse dem Besuch einer bundesdeutschen Panzerdivision in Wales mit großer Feindseligkeit und vielen Vorbehalten.⁵⁴ Der Zweite Weltkrieg warf nach wie vor lange Schatten über die Beziehungen Großbritanniens zur Bundesrepublik, und davon versuchte auch die DDR zu profitieren.

Fazit

Trotz aller Einsicht auf der britischen Insel in die Notwendigkeit einer De-facto-Anerkennung der DDR seit Mitte der Fünfzigerjahre und trotz aller Bemühungen von Seiten des ostdeutschen Staates, solche Tendenzen zu fördern, gelang es der bundesrepublikanischen Politik,

51 SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/483, Bericht über den Aufenthalt einer Delegation von Volkskammerabgeordneten in Großbritannien, 16.–24. November 1969, S. 201–203, hier S. 202.

52 NA, FO 371/163527, Confidential. Christopher Steel [Britische Botschaft, Bonn] to Earl of Home, 2. Januar 1962.

53 Siehe NA, FO 371/160532, Extracts from Hansard during Adenauer's visit: Hansard, Oral Answers. 5 December 1961, Reihen 1138–1142, in: <http://hansard.millbanksystems.com/sittings/1961/dec/05>.

54 Siehe National Library of Wales, Aberystwyth, Desmond Donnelly papers, Folder 2 und 24 mit Zeitungsausschnitten über den Besuch einer deutschen Panzerdivision in Wales.

ihre britischen Partner so einzuschwören, dass es nicht zu einer vorzeitigen offiziellen Anerkennung der DDR durch Großbritannien kam. Dennoch, so hoffen wir, in diesem Aufsatz gezeigt zu haben, herrschte in der politischen Klasse Großbritanniens seit der zweiten Berlin-Krise parteiübergreifend Konsens darüber, dass die Anerkennung der DDR nur eine Frage der Zeit sein könne. Dabei wagten sich gerade Labour-Abgeordnete in ihrem Bemühen, eine solche Anerkennung der DDR voranzutreiben, besonders weit vor. Dieses Verhalten basierte, das wurde oben ebenfalls deutlich, auf den unterschiedlichsten Motiven. Während es auf der äußersten Linken einige wenige Abgeordnete gab, die Sympathien für den »real existierenden Sozialismus« in der DDR hegten, spielten bei einem Großteil der Abgeordneten Sorgen um den Frieden und das Bemühen um einen genuinen Dialog mit dem kommunistischen Antagonisten hinter dem Eisernen Vorhang eine sehr viel größere Rolle. Sie vertraten, so konnten wir mit Crossman zeigen, durchaus auch antikommunistische Positionen, und verbanden mit einem solchen Dialog zugleich Vorstellungen von einer Unterminierung des Kommunismus. Die Furcht von DDR-Politikern vor einer Unterwanderung auf »Filzlataschen«, so das berühmte Wort des DDR-Außenministers Otto Winzer zur westdeutschen Ostpolitik, war also so abwegig nicht, auch wenn die DDR eine solche Dialogbereitschaft von Labour-Abgeordneten zu nutzen suchte, um ihrem wichtigsten außenpolitischen Ziel der Sechzigerjahre den Weg zu ebnen: die Anerkennung des Staates DDR durch den Westen. In diesem Zusammenhang spielte der Mauerbau eine wichtige Rolle. Für die meisten Beobachter in Großbritannien unterstrich die DDR damit zum einen die Unmenschlichkeit des kommunistischen Regimes, zum anderen aber auch die Tatsache, dass der zweite deutsche Staat nicht so einfach von selbst wieder verschwinden würde.

